

Sehr geehrte Frau Kleinert,

soeben habe ich zur Kenntnis genommen, dass Sie die Veranstaltung *Sexkauf stoppen* von *Die Linke* Bremen, Kreisverband Links der Weser moderieren werden. Als Mitglied des Kreisverbandes und dessen Repräsentanz bei der Veranstaltung sind Sie sozusagen das Gesicht dieser Veranstaltung und tragen in herausgehobener Position persönliche Verantwortung. Ich denke Sie sind auch maßgeblich an der Vorbereitung der Veranstaltung beteiligt gewesen und haben deren inhaltliche Ausrichtung, aber auch personelle Besetzung, insbesondere was die Einladung von Referentinnen und angeschriebenen potentiellen Teilnehmer*innen angeht, entscheidend mit gestaltet.

Ich schreibe Sie jedoch nicht nur als wesentliche (Mit-) Verantwortliche für diese Veranstaltung, sondern auch als (Mit-) Verantwortliche von *Die Linke Bremen* für die Unterstützung der ehemaligen Initiative gegen Sexarbeit in der Essener Straße Bremen und anlässlich Ihres Interviews in der Broschüre *Käufliche Liebe - Die Frau als Ware - Menschenhandel und Zwangsprostitution* von *Die Linke Bremen* (1) an, die als Dokumentation der Kampagne gegen die Sexarbeit in der Essener Straße verstanden werden kann und Ende 2010 von *Die Linke Bremen* veröffentlicht wurde. An ihre damalige Kampagne möchte ich anlässlich ihrer neuen Aktivitäten erinnern. Ich gehörte damals zu den Menschen, die durch Ihre Kampagne geschädigt wurden und befürchte, dass sich dies aktuell durch Sie vollzogen bei anderen Menschen wiederholt. Das veranlasst mich, Ihnen zu schreiben.

Bei der aktuellen Veranstaltung ist es Ihnen neben anderem, so behaupten Sie, ein Anliegen den Gesichtspunkt der psychischen Belastung (Traumatisierung) in den Blick zu nehmen. Sie wollen weiter zeigen, dass das geltende Recht keinen Schutz für Menschen garantiert, die der Prostitution nachgehen. Und schließlich: Bei der Kampagne aus dem Jahr 2010 behaupteten Sie, es wäre Ihnen ein Anliegen, Betroffene zu Wort kommen zu lassen. Das alles sind Anliegen, die meine Unterstützung hätten, sofern sie ernsthaft verfolgt würden. Meine Erfahrungen mit Ihnen und Ihnen Gleichgesinnten lassen mich jedoch das Gegenteil befürchten.

Missachtung geltenden Rechts - Verleumdung, Körperverletzung und Vertreibung

In der o.g. Broschüre zu den Ereignissen um die Sexarbeit in der Essener Straße von *Die Linke Bremen* aus dem Jahr 2010, in der Sie als Verantwortliche Sprecherin von *Die Linke Bremen* im Beirat Neustadt interviewt wurden, wird als Tatsache behauptet, dass die BürgerInnen in der Essener Straße in der Neustadt ... sich im Frühjahr des Jahres 2010 «gegen Zwangsprostitution in ihrer Straße» (S. 34, Hvhbg. von Lara Freudmann) wehrten. Es wird weiter mitgeteilt «Unterstützt wurden sie in ihrem Protest unter anderem von den LINKEN.» Es ging in der Broschüre, so die damalige Fraktionsvorsitzende von *Die Linke Bremen* Monique Troedel um *Menschenhandel und Zwangsprostitution*, «Denn Frauen, die zur Sexarbeit gezwungen werden, leben ... in unserer Nachbarschaft» (S. 4, Hvhbg. von Lara Freudmann).

In der Essener Straße, so die Tatsachenbehauptung fand Zwangsprostitution statt. Dies sei der Ort «in unserer Nachbarschaft» an dem «Frauen mitten unter uns leben» die «zur Sexarbeit gezwungen werden». Sie Frau Kleinert wünschten, als Sie von dieser «Situation der Frauen» in der Essener Straße hörten, dass diese Frauen «einen eigenen Weg finden, der ihnen ein Leben und Arbeiten in Würde aufzeigt, ohne Ausbeutung durch ZuhälterInnen» (S. 36, Hvhbg. von Lara Freudmann).

Die Eigentümerin und Betreiberin des Arbeitsortes für Sexarbeitende in der Essener Straße, war ich. Ihre Behauptung, Frauen wären dort zur Sexarbeit gezwungen und ausgebeutet worden, bezog sich also auf mich persönlich und vermittelt über mich auf meinen ebenfalls von Ihnen beschuldigten Mann.

Für die als Tatsachen behaupteten Anschuldigungen der Ausbeutung und des Zwangs zur Sexarbeit wurden in der Broschüre und später keine Belege erbracht. Bis heute wurden seitens der zuständigen Behörden keine Ermittlungen gegen mich und meinen Mann zu diesen von ihnen als Tatsache behaupteten Verbrechen angestrengt. Die Tatsachenbehauptung entbehrt jeder sachlichen Grundlage. Sie ist falsch. Sie ist eine haltlose Verdächtigung. Sie ist eine Straftat der Verleumdung, der üblen Nachrede, der falschen Beschuldigung und der Beleidigung. Sie ist böswillig, da Sie und die sonstige Autorenschaft der Broschüre

nicht einen Versuch gemacht haben, mit uns oder unseren damaligen Mieterinnen über die Anschuldigungen zu sprechen und uns als Betroffenen Gehör zu geben. Sie ist Beweis für die kriminelle Energie, mit der Aufmärsche vor der Location Essener Straße - von Ihnen persönlich zumindest dulgend unterstützt - durchgeführt wurden. Sie ist Beweis für die von Ihnen mitverantwortete gegen mich gerichtete Verhetzung der Teilnehmenden an diesen Aufmärschen. Die Aggressivität dieser Aufmärsche und Proteste war direktes Ergebnis der gegen mich und meinen Mann gerichteten Verleumdung als gewalttätige, Zwang gegen Frauen ausübende Kriminelle oder zumindest der unterstützenden Duldung dieser Verhetzung.

Sie und die restliche beteiligte Autorenschaft der Broschüre rechtfertigten oder duldeten mit dieser Verleumdung im Frühjahr 2010 den Terror durch Aufmärsche gegen Sexarbeitende in der Essener Straße. Aus den Aufmärschen der verleumderisch verhetzten Teilnehmenden heraus wurden die Sexarbeitenden in der Essener Straße wiederholt durch *Nutten raus Nutten raus* Rufe beleidigt, entmenslicht und massiv verängstigt. Diese Aktionen führten dazu, dass sich die Sexarbeitenden und ihre Gäste mehrfach genötigt sahen, ihren Arbeitsort während der von Ihnen unterstützten oder doch zumindest geduldeten Aufmärsche nicht zu verlassen. Es kam zu psychischen Zusammenbrüchen und zu posttraumatischen Belastungsstörungen bei einigen dieser Sexarbeitenden, die zum Teil bis heute medikamentöse Behandlung erforderlich machen. Durch Sie und Ihre damaligen Gleichgesinnten wurde wenigstens passiv unterstützend oder sogar aktiv verursachend traumatisierend, also körperverletzend gehandelt. Ihr Beitrag dazu war zumindest die Hinnahme von verbaler Gewalt durch Verleumdung, wenn nicht die aktive Verbreitung dieser Verleumdung. Würden Sie auch Initiativen unterstützen aus deren Aufmärschen Zigeuner raus, Zigeuner raus skandiert würde?

Und natürlich sind Sie Frau Kleinert, die Sie 2010 politisch erfahren und in leidender Stellung bei *Die Linke Bremen* waren, die Sie für diese Sprecherin im Beirat Neustadt waren als Gesamtmitverantwortliche ein, wenn nicht das Gesicht der damaligen Kampagne für *Die Linke Bremen*. Sie können sich nicht auf eine Position des, davon habe ich nichts gewusst, damit hatte ich nichts zu tun zurückziehen, wie es gewissenlos andere zu anderen Zeiten taten, mit denen Linke nichts gemein haben sollten. Sie tragen persönliche Verantwortung und sollten dazu aufrecht stehen.

Das geltende Recht hat meine Kolleginnen, unsere Kundinnen, meinen Mann und mich nicht vor Ihren Rechtsbrüchen, vor Ihrer ideologisch motivierten Körperverletzung, bewahrt. Über diesen Gesichtspunkt der psychischen Belastung (Traumatisierung) durch Straftaten, für die Sie Frau Kleinert durch gewährte ideologische und sonstige Unterstützung persönlich Verantwortung tragen, sollte im Rahmen ihrer Veranstaltung und im Sinne linker politischer Hygiene laut nachgedacht werden.

Sie haben durch Ihr kriminelles Handeln gegen uns, unsere Mieterinnen und deren Gäste im Jahr 2010 in zynischer Weise den Beweis für ihre Feststellung «dass das geltende Recht in diesem Staat keinen Schutz für Frauen (und auch Männer) garantiert, die der Prostitution nachgehen» erbracht. Eine für meinen Geschmack perverse Art dem Anliegen, Sexarbeitende vor psychischer Belastung und vor Verletzung ihrer Rechte zu bewahren, Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Abolitionistisch zur Sexarbeit gezwungen

Nachdem Sie 2010 selbst verleumderisch gegen Sexarbeitende und Sexarbeitsorte vorgegangen sind und fortgesetzte Rechtsbrüche bei Aufmärschen vor dem Sexarbeitsort in der Essener Straße zumindest passiv unterstützt haben, organisieren Sie Frau Kleinert mit Gleichgesinnten, von denen wohl einige Mitglieder von *Die Linke Bremen* sind, nun eine Veranstaltung unter dem Titel *Sexkauf stoppen!*.

Im Umfeld dieser Veranstaltung geht es erneut um einen Sexarbeitsort, diesmal im Buntentortseinweg. Dessen Realisierung soll, geht es nach Ihnen, verhindert werden. Auch gegen ihn scheinen sich Gleichgesinnte, wie die *Sexkauf stoppen!* Forderung zeigt, erneut durch Sie unterstützt, zu organisieren. Zu Aufmärschen ist es noch nicht gekommen und auch eine verleumderische Broschüre, wie die aus dem Jahr 2010, die auch von Ihnen (mit-) verantwortet war, wird *Die Linke Bremen* - dort herrscht inzwischen ein anderer Geist als Ihrer, dort finden sich Menschen, die uns auf Augenhöhe begegnen - kaum ein weiteres Mal auflegen.

Sie beabsichtigen Frauen, die in der Sexarbeit eine annehmbare oder gute Chance zur Existenzsicherung sehen, erneut einen Arbeitsort zu nehmen. Eine Wiederholung dessen, was mobbend in der Essener Straße durchgesetzt wurde. Damit verbessern Sie keineswegs die Situation der Frauen (oder Trans-Menschen oder Männer), die der Sexarbeit nachgehen wollen, sondern verringern lediglich das Angebot an modernen, gut ausgestatteten Arbeitsorten, die seriös betrieben werden, wie es das Bauantragsverfahren des Investors für diesen Arbeitsort zu zeigen scheint.

Sie schaffen zugleich erneut ein Klima der Angst, der Hysterie und der Ablehnung im Quartier, wenn sie Sexarbeit als Gewalt darstellen, sie mit Kriminalität verknüpfen und gegen Sexarbeitende als Zwangs- und

Armutsprostituierte polemisieren. Ihre Bewertung, dass Sexarbeit Frauen zur Ware macht, entwertet die Dienstleistungen, die diese Frauen (Männer, Trans-Menschen ...) erbringen. Diese Ressentiments führen zur Ausgrenzung von Sexarbeitenden, anstatt zu deren dringend benötigter Anerkennung und Inklusion.

Was Exklusion bedeutet, sollte Ihnen aus der Geschichte des Kommunismus in Deutschland, aus den Zeiten des kalten Krieges und angesichts des nach wie vor virulenten und aktuell erstarkenden Antikommunismus bekannt sein. Es kann nicht linke Politik sein, den Bau gut ausgestatteter Arbeitsorte für Sexarbeitende, die von augenscheinlich seriösen Investoren erstellt werden, durch Mobilisierung von Ressentiments und durch Aufmärsche zu verhindern. Dies zumal, da wir in Bremen noch schlecht ausgestattete Sex-Work-Locations haben, denen zum Vorteil der Sexarbeitenden ein wenig Konkurrenz Beine machen könnte.

Mehr gut ausgestattete Arbeitsorte, das würde den Sexarbeitenden tatsächlich helfen und sich eventuell auch in sinkenden Mieten für Sexarbeitende niederschlagen. Die sind in den vergangenen Jahren in Bremen, besonders 2015, deutlich gestiegen. Von 250 € auf inzwischen wenigstens 300 € bis 560 € (Helenenstraße) in der Woche pro Zimmer. Vorausgegangen war in den Jahren seit 2010 die Schließung diverser Sexarbeitsorte durch das Bauamt Bremen.

Diese politisch gewollte, ihrer Forderung der Abschaffung der Sexarbeit folgende Verknappung und folglich Verteuerung müssen Sexarbeitende durch Mehrarbeit kompensieren. Alptraumhafte Zustände nicht in Gestalt herbei gelogener organisierter Kriminalität aus dem Osten (Ulrike Hauffe, WESER-KURIER, 9. Apr. 2005, Seite 2 „40.000 Zwangs-Prostituierte kommen zur Fußball-WM“) oder monsterhafter Gäste (siehe Slogans von Stuttgart-sagt-stopp, <http://stuttgart-sagt-stopp.de/home/nutzen-sind-menschen/>), sondern in Gestalt ihres abolitionistischen (= auf Abschaffung der Sexarbeit zielenden) politischen Handelns.

Sexarbeitende müssen mit Sexarbeit dafür bezahlen. Ihr Handeln Frau Kleinert zwingt Menschen zu zusätzlicher Sexarbeit. Zynischer geht es nicht. Gäste mit ausgefallenen Neigungen sind weniger abartig, als ihr Umgang mit Aktiven in der Sexarbeit und ihr, in eine schamhafte Frage verpackter Wunsch, dass unsere Gäste auszusterben hätten.

Scheinheilig entmündigende, exkludierende Propaganda

Im Jahr 2010 sprachen Sie Frau Kleinert oder doch zumindest ihre damalige Fraktionsvorsitzende Monique Troedel in ihrer o.g. Broschüre davon, Vorurteilen entgegenwirken zu wollen, allen Menschen die Teilhabe in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und Betroffene zu Wort kommen zu lassen (Broschüre S. 4). Diese Absicht erkenne ich in der Planung ihrer Veranstaltung nicht.

Als aktive Sexarbeiterin finde ich die von Ihnen geplante Exklusion von Sexarbeitenden, sowie von Personen aus der sozialen Arbeit, der Wissenschaft und Politik, die eine andere, viel differenzierte Sicht vortragen könnten, aus ihrer Veranstaltung problematisch. Ich bin verwundert, dass sie 204 persönliche Einladungen ausgesprochen haben, sich aber nicht an uns vom „Haus9“ gewandt haben, obwohl wir Ihnen bekannt sind und es selbst Ihnen inzwischen bewusst geworden sein müsste, dass sie uns in Ihrer Broschüre aus dem Jahr 2010 verleumdet und mit der von Ihnen unterstützten Kampagne in unseren Persönlichkeitsrechten und bezüglich unserer körperlichen Unversehrtheit beeinträchtigt haben. Es ist bedauerlich, dass Sie nicht die Gelegenheit ergriffen haben, im Rahmen ihrer Veranstaltung bei uns um Entschuldigung für ihr offensichtlich grobes, für ihr kriminelles und uns entmenslichendes Verhalten aus dem Jahr 2010 zu bitten, und für sich selbst die Gelegenheit ergriffen haben, als seriöse Moderatorin betrachtet werden zu können. Diese Chance haben Sie vertan. Sie haben sich als Gesprächspartnerin selbst diskreditiert. Sie zeigen bezüglich ihrer Fehler, durch die wir geschädigt wurden, eine bemerkenswerte Charakterschwäche. Es fehlt Ihnen, anders kann ich es nicht sagen, an Anstand und Gewissen. In der völlig einseitigen, ideologisch fundamentalistisch geprägten Planung Ihrer Veranstaltung, wird dies nur zu deutlich.

Es ist meine Ansicht, dass wir in einer demokratischen Gesellschaft alle Stimmen und Ansichten zu Wort kommen lassen, auch wenn diese unbequem sind und nicht den aktuellen politischen Bestrebungen entsprechen, Sexarbeitende nur noch als unmündige Kontrollobjekte zu sehen, die auf Schritt und Tritt überwacht werden sollen. Diese Bestrebungen werden keinen Menschenhandel verhindern. Sie tragen aber sehr wohl dazu bei, Sexarbeitende per Gesetz zu Menschen zweiter Klasse zu degradieren, sie scheinheilig zu entmündigen.

Auch diese Degradierung kommt durch Ihr Veranstaltungskonzept zum Ausdruck. Vor einigen Jahren dachte ich, dass wir endlich den Punkt erreicht hatten, zu dem Sexarbeitende selbstverständlich zu Diskussionen, Veranstaltungen und politischen Verhandlungen eingeladen werden, wenn dies ihre Arbeit betrifft. Leider ist auch in dieser Hinsicht ein Rückschritt zu erkennen und ich muss zunehmend feststellen, dass sich in dieser Gesellschaft ein gewisser Hurenhass breit macht. Anstatt Sexarbeitenden für ihre harte und anspruchsvolle Arbeit Anerkennung zu zeigen und sie als gleiche Bürger*innen zu behandeln, werden sie zunehmend schikaniert, kriminalisiert und ausgeschlossen.

Es entsteht außerdem bei mir der Eindruck, als dürften nur jene ehemaligen Sexarbeitenden sprechen und Teil dieser Gesellschaft sein, die Sexarbeit jetzt bereuen und sie ablehnen. Leider wird dadurch das Stigma der Sexarbeit verstärkt - was im Übrigen die Anonymität von beispielsweise Huschke Mau bestätigt. Bei allem Respekt, den ich vor Frau Maus Erfahrungen habe, kann auch sie nicht für alle sprechen. Ihre Erfahrung darf auch nicht instrumentalisiert werden, um wiederum andere Sexarbeiter*innen zum Schweigen zu bringen und sie aus der politischen Debatte auszuschließen.

Ich fordere Sie dazu auf, das Konzept für ihre Veranstaltung sachgemäß anzupassen und Expertinnen und Experten sowie Sexarbeiter*innen einzuladen, die eine differenziertere Sicht auf Sexarbeit haben, als Ihre aktuellen Gäste. Es mag ja sein, dass Sie beschlossen haben, dass es Sexarbeit nicht geben soll, aber das gibt Ihnen nicht das Recht nur jene zu Wort kommen zu lassen, die radikal gegen Sexarbeit sind und es gab Ihnen nicht das Recht zu verleumden und zu beleidigen.

Ich fordere Sie auf, ihre eventuell aus öffentlichen Geldern mitfinanzierte Veranstaltung zu demokratisieren, sodass nicht nur eine Sichtweise und Erfahrung gehört wird, sondern ein ganzes Spektrum sichtbar wird und, es bleibt zu hoffen, Anerkennung erfährt. Idealerweise würden Sie bei einer Veranstaltung zu Sexarbeit mindestens fünf Sexarbeitende aus den unterschiedlichen Segmenten einladen: Strasse, Bordell, selbständig, Student*in, Hartz IV Empfänger*in, Migrant*in, Gelegenheits-Sexarbeitende - und davon mindestens einen Mann und eine Transfrau. Damit wären wir ein kleines Stück näher an der Realität dran. Zu dieser alltäglichen Realität gehört in Bremen auch das „Haus9“, insbesondere aufgrund unserer transparenten Betriebsführung ([Transparente Betriebsführung von SW-Orten - Zimmermiete](http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=13338) <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=13338>, [Transparente Betriebsführung - Zimmermieten - Diskussion](http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=13346) <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=13346>) zu der auch die Information der Mieterinnen in deren Muttersprache gehört. Ein Pflicht, sofern Augenhöhe beabsichtigt ist, der sie sich in Ihrer Polemik gegen Sexarbeitende nicht stellen. Sie bevorzugen so die Position der Dominanz durch nur Ihnen zugängliches Herrschaftswissen und nur durch Sie zu führende Debatten. Sie bevorzugen die Position der exkludierenden Propaganda.

Versagt

Die Art in der Sie Frau Kleinert und ihre Mitstreitenden die Debatte um die Sexarbeit führen ist zynisch. Sie ist menschenverachtend, verlogen und verleumdend. Sie verletzt die Persönlichkeitsrechte und die körperliche Integrität der von Ihnen bekämpften - geht es nach ihrem Willen sogar zum Teil zum Aussterben vorgesehenen - Menschen (Gäste) in der Sexarbeit. Ihre Art der „Debatte“ ist ideologisch verbohrte, fern des wissenschaftlichen Anstandes und fern haltbarer rationaler Begründung. Sie ist demagogische Propaganda in Reinkultur und lässt befürchten, dass Sie in längst überwunden geglaubten angeblich Linken politischen Kulturen verhaftet geblieben sind. Ihre Art der Debatte ist für alle Menschen, die sich als Links stehend betrachten, eine schwere Bürde. Sie Frau Kleinert und ihre Mitstreitenden haben im Sinne der Sache der Linken versagt. Sie haben Grund sich zu schämen.

Sexarbeit, so wie ich sie verstehe und betreibe, steht ethisch weit über ihren Aktivitäten. Aber ich reiche Ihnen die Hand, sollten sie um Verzeihung, sollten Sie um Entschuldigung bitten.

Mit freundlichen Grüßen

Lara Freudmann

* Bei diesem Text habe ich, da ich weder Deutsch-Muttersprachlerin, noch Akademikerin bin, die Hilfe verschiedener Dritter angenommen. Insbesondere bedanke ich mich bei Sonja Dolinsek, die einen ihrer Texte vom Copyright befreit hat

(siehe auch: <http://www.das-marburger.de/2016/05/bestaetigung-des-vorurteils-von-einem-weit-verbreiteten-hurenhass-erwiderung-auf-deutschland-als-bordell-europas/>)

Quellen

(1)
Käufliche Liebe - Die Frau als Ware - Menschenhandel und Zwangsprostitution
Die Linke Bremen
Bremen, im Dezember 2010
<http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=95559#95559>, Beitrag 57, Download

